

Dezernat I
Straßenverkehrsamt / Amtsleitung
Dienstgebäude: Am Nuthefließ 2

Datum: 5. Februar 2014
Auskunft: Herr Grosenick
Zimmer: C5-2-11
Telefon: 03371 608-2700

Protokoll Beratung Arbeitskreis Haushaltssicherungskonzept zum Dezernat I mit den Bürgermeistern am 22.01.2014

Ort: Beratungsraum Landrätin
Zeit: 17:45 Uhr bis 19:00 Uhr

Teilnehmer

Frau Wehlan	Landrätin
Frau Schreiber	Bürgermeisterin Stadt Zossen
Frau Nestler	Bürgermeisterin Gem. Nuthe-Urstromtal
Herr Schubert	Stadt Jüterbog
Herr Wolter	Stadt Jüterbog
Frau Spalek	Amtsleiterin Hauptamt
Frau Krömer	SGL ADV
Herr Grosenick	Amtsleiter Straßenverkehrsamt
Frau Hinze	SGL Verkehrssicherheit
Frau Rothe	Personal
Frau Wache	Kämmerei

1. Hauptamt

Frau Spalek und Frau Krömer stellen mit Hilfe einer Präsentation die Produkte des Hauptamtes vor: 111070 Zentrale Dienstleistungen, 111080 Elektronische Datenverarbeitung, 121010 Wahlen und Abstimmungen und 121020 Statistik mit ihren Aufwendungen, Erträgen und Investitionen.

Die Maßnahmen im Haushaltssicherungskonzept 2014 umfassen u.a. die Überarbeitung der Archiv-, Benutzungs- und Gebührensatzung. Hiermit wird ein Beitrag zur Erhöhung der Erträge verbunden. Kostenersparnisse werden durch die Einstellung der Erhebungen für ein Statistisches Jahrbuch erreicht. Bezüglich der Aussagen im PWC-Gutachten zu einzelnen Aufgaben des Amtes, so Archivwesen und ADV-Betreuung in schulischen Einrichtungen, ist festzustellen, dass diese nicht sachgerecht sind.

So ist die Schriftgutverwaltung nach dem Archivgesetz des Landes eindeutig eine Pflichtaufgabe. Bei der IT-Betreuung der Schulen wird im Gutachten von Annahmen ausgegangen, die nicht die gesamte Technikausstattung berücksichtigt. Frau Krömer erläutert anhand tatsächlicher Zahlen den Umfang. Eine nachhaltige Maßnahme zur Kostenbegrenzung wird u.a. die Drucker- und Kopiererkonsolidierung in der Kreisverwaltung sein, die von Frau Krömer erläutert wird.

Mit Frau Schreiber werden kurz die Erfahrungen und Ziele des Projektes diskutiert.

Frau Krömer erläutert dann die Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen dem Landkreis und den Kommunen beim Betrieb eines Geoportals. Mit den Gemeinden Jüterbog, Amt Mellensee und Blankenfelde-Mahlow sind bereits Pilotprojekte aufgebaut. Hierbei wird auf die Notwendigkeit eine Kostenbeteiligung durch die Kommunen hingewiesen.

Durch Frau Spalek wird die Zusammenarbeit des Landkreises Teltow-Fläming mit dem Land Brandenburg (seit 2006 – LDS, ab 2011/2012 ZDPOL) auf dem Gebiet der Beschaffung von IT-Technik vorgestellt. Der Landkreis hat mit dem Zentraldienst der Polizei (ZDPOL) eine Vereinbarung zur Nutzung des Warenhauses des ZDPOL. Er nutzt die Möglichkeit, um Büromaterial, Verbrauchsmaterial, Fahrzeuge sowie IT-Technik zu beschaffen.

2. Straßenverkehrsamt

Herr Grosenick erläutert anhand einer Präsentation die Aufgaben und den Aufbau des Straßenverkehrsamtes. Bei der Annahme von Anträgen für Fahrerlaubnis wird der Landkreis durch viele Städte und Gemeinden bereits unterstützt. Die Stadt Zossen nimmt im Rahmen des Standarderprobungsgesetzes bestimmte Aufgaben nach der Straßenverkehrs-Ordnung (StVO) und die Stadt Ludwigsfelde Aufgaben der Geschwindigkeitsüberwachung (§ 47 (3) OBG) selbst wahr. Dies wirkt sich auch auf den Arbeitsumfang des zuständigen Bereichs des Amtes aus. Die Aufgabenerfüllung im Amt ist stark durch die Verteilung auf 3 Standorte im Landkreis bestimmt.

Die Aufgaben des Amtes sind in auf 4 Produkten zusammengefasst: 122070 Fahrerlaubniswesen, 122080 Kfz-Zulassung, 122100 Verkehrssicherheit und –lenkung und 122110 Verkehrsordnungswidrigkeiten.

Im Entwurf des Haushaltsplanes 2014 führen die Erträge zu einem Kostendeckungsgrad (einschließlich Personal) des Amtes von 70,7 %. Bei den einzelnen Produkten ist die Kfz-Zulassungsstelle (122080) mit einem Grad von 105,8 % bereits langfristig kostendeckend.

Frau Schreiber bittet um nähere Erläuterung der Sachkosten.

Herr Grosenick verdeutlicht anhand eines Diagramms die Zusammensetzung der Sachkosten und weist darauf hin, dass nur 11 % (ca. 84,2 T€) der Ausgaben durch das Amt überhaupt gesteuert werden könnten.

Die Aussagen des PWC-Gutachtens zur Personalausstattung des Amtes sind nicht nachvollziehbar. Für den Bereich Verkehrssicherheit (StVO) wird z.B. eine Bemessungsgrundlage herangezogen, die keinen direkten Bezug zu den Aufgaben hat. Der Bereich Zulassung muss sich bereits 2014 auf neue Herausforderungen ab 2015 organisatorisch und personell vorbereiten.

Die im Haushaltssicherungskonzept 2014 enthaltenen Konsolidierungsmaßnahmen werden kurz vorgestellt. Die entsprechenden Empfehlungen des PWC-Gutachten sind damit bereits berücksichtigt. Hinsichtlich der Zentralisation des Amtes, insbesondere der Kfz-Zulassung und Fahrerlaubnis, ist ein Prüfauftrag formuliert.

Frau Wehlan bedankt sich bei den Anwesenden und weist abschließend darauf hin, dass die auch heute gewonnenen Erkenntnisse in die Qualifizierung der Haushaltsdokumente einfließen werden.

gez. Grosenick